

Bedingungen der Fritzmeier-Gruppe für den Bezug von Dienstleistungen

1 Geltungsbereich

- 1.1 Die vorliegenden Bedingungen der Fritzmeier-Gruppe für den Bezug von Dienstleistungen („Einkaufsbedingungen“) gelten zwischen den vertragschließenden Unternehmen der Fritzmeier-Gruppe (nachfolgend „Auftraggeber“ oder „AG“ genannt) und dem Auftragnehmer (nachfolgend „AN“ genannt) für den Bezug von Dienstleistungen. Entgegenstehende oder von diesen Einkaufsbedingungen abweichende Bedingungen des Auftragnehmers gelten nicht, es sei denn, der Auftraggeber hätte im Einzelfall ausdrücklich schriftlich ihrer Geltung zugestimmt.
- 1.2 Diese Einkaufsbedingungen gelten auch dann, wenn der Auftraggeber in Kenntnis entgegenstehender oder von seinen Einkaufsbedingungen abweichender Bedingungen des Auftragnehmers dessen Dienstleistungen vorbehaltlos annimmt oder bezahlt. Diese Einkaufsbedingungen sind Bestandteil aller Bestellungen des Auftraggebers. Sie gelten auch für Folgebestellungen, auch wenn der Auftraggeber hierauf nicht ausdrücklich hinweist.

2 Angebote – Vertragsunterlagen

- 2.1 Angebote des Auftragnehmers sind schriftlich abzugeben. Kostenvoranschläge sind nicht vergütungspflichtig.
- 2.2 An Abbildungen, Zeichnungen, Berechnungen, Modellen, Geräten, Mustern und sonstigen Unterlagen, die seitens des Auftraggebers dem Auftragnehmer zur Erstellung des Angebots bzw. zur Durchführung des Vertrages überlassen wurden, behält sich der Auftraggeber das Eigentums- und Urheberrecht vor.
- 2.3 Die in Ziffer 2.2 genannten Unterlagen bzw. Gegenstände dürfen Dritten nicht zur Verfügung gestellt werden, es sei denn, der Auftraggeber hätte im Voraus der Weitergabe schriftlich zugestimmt. Die Unterlagen und Gegenstände sind ausschließlich für die Bearbeitung der Bestellung bzw. die Vertragsabwicklung zu verwenden und nach entsprechender Abwicklung unaufgefordert an den Auftraggeber zurückzugeben bzw. nach entsprechender Weisung des Auftraggebers unwiederbringlich zu vernichten.

3 Bestellungen des Auftraggebers

- 3.1 Ist eine Bestellung rechtlich als Angebot des Auftraggebers zu werten und wird diese nicht innerhalb von zehn Tagen schriftlich durch den Auftragnehmer bestätigt, so ist der Auftraggeber berechtigt, die Bestellung bis zur Bestätigung durch den Auftragnehmer zu widerrufen. Aus dem Widerruf erwachsen dem Auftragnehmer keinerlei Ansprüche.
- 3.2 Weicht die Bestätigung des Auftragnehmers von der Bestellung ab, ist der Auftraggeber auf diesen Umstand ausdrücklich hinzuweisen. Ein Vertrag kommt in diesem Falle erst mit der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers zu den Abweichungen zustande. Das Schweigen des Auftraggebers auf eine von der Bestellung abweichende Bestätigung gilt als Ablehnung.
- 3.3 Bestellungen sind für den Auftraggeber nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich von dem Auftraggeber getätigt oder bestätigt werden. Bei Dienstleistungen, die nicht aufgrund ordnungsgemäßer schriftlicher Bestellung erfolgen, kann der Auftraggeber die Zahlung verweigern. Im Wege der Datenverarbeitung hergestellte Ausdrücke bedürfen zu ihrer Verbindlichkeit keiner eigenhändigen Namensunterschrift.

4 Durchführung der Dienstleistungen

- 4.1 Der Auftragnehmer schuldet die vollständige, termingerechte Erbringung der Dienstleistungen einschließlich aller Nebenleistungen, die für die vertragsgemäße Verwertung der Dienstleistungen durch den Auftraggeber benötigt werden.
- 4.2 Der Auftragnehmer erbringt sämtliche Dienstleistungen eigenverantwortlich und unabhängig unter eigener Bereitstellung aller benötigten Arbeitsmittel.
- 4.3 Der Auftragnehmer ist zur Vertretung des Auftraggebers nicht berechtigt.
- 4.4 Sofern Dienstleistungen vor Ort beim Auftraggeber erbracht werden, hat der Auftragnehmer die geltenden Sicherheitsvorschriften und Informationsrichtlinien des Auftraggebers einzuhalten und den Sicherheitsanweisungen des Auftraggebers uneingeschränkt Folge zu leisten. Soweit der Auftragnehmer Zugang zu den IT- und Kommunikationssystemen des Auftraggebers erhält, sind die geltenden Informationssicherheitsvorschriften des Auftraggebers einzuhalten.

5 Allgemeine Anforderungen an Dienstleistungen

- 5.1 Die Dienstleistungen müssen die vom Auftraggeber vorgegebenen Leistungsbeschreibungen zwingend erfüllen. Gründe, die nach Prüfung des Auftragnehmers gegen die Ausführbarkeit der vom Auftraggeber vorgegebenen Leistungsbeschreibungen sprechen könnten (z.B. Unklarheiten, Widersprüchlichkeiten, technische Hindernisse, sonstige Bedenken etc.), sind dem Auftraggeber unverzüglich vor Vertragsabschluss schriftlich mitzuteilen.
- 5.2 Die Dienstleistungen müssen den vertraglichen Standards, den anerkannten Regeln der Wissenschaft und Technik sowie allen sonstigen anwendbaren gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

6 Mitwirkungshandlungen

- 6.1 Der Auftraggeber wird die Mitwirkungsleistungen erbringen, die für die vertragsgemäße Leistungserbringung durch den Auftragnehmer erforderlich und allgemein üblich sind, und dem Auftragnehmer soweit erforderlich insbesondere (i) alle nach dem Ermessen des Auftraggebers erforderlichen Informationen zur Verfügung stellen; (ii) soweit eine Leistungserbringung nicht remote möglich ist, zu den üblichen Geschäftszeiten Zutritt zu seinen Räumlichkeiten und Zugang zu seinen Mitarbeitern gestatten; (iii) erforderliche Arbeitsmaterialien einschließlich Arbeitsplätzen zur Verfügung stellen; und (iv) Zugang zu seinen IT-Systemen einräumen, sofern diese Leistungen vertraglich nicht dem Pflichtenkreis des Auftragnehmers zugeordnet wurden.
- 6.2 Soweit Mitwirkungsleistungen geschuldet sind und die notwendige Konkretisierung nicht bereits vertraglich erfolgt ist, fordert der Auftragnehmer diese Leistungen beim Auftraggeber mit einer angemessenen Vorlaufzeit unter Angabe der maßgeblichen Rahmenbedingungen in Schriftform an. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich in Schriftform auf aus seiner Sicht unzureichende Mitwirkungsleistungen hinweisen.
- 6.3 Sofern im Einzelfall keine abweichende Vereinbarung getroffen wurde, sind sämtliche Mitwirkungsleistungen für den Auftragnehmer unentgeltlich zu erbringen.

7 Leistungsänderungen

- 7.1 Der Auftraggeber kann auch während der Vertragsabwicklung jederzeit Änderungen in Bezug auf die Dienstleistungen verlangen.
- 7.2 Im Falle eines Änderungsverlangens legt der Auftragnehmer dem Auftraggeber umgehend ein schriftliches Änderungsangebot vor. Änderungen werden erst wirksam, wenn der Auftraggeber das Änderungsangebot schriftlich bestätigt hat. Nimmt der Auftraggeber das Änderungsangebot nicht an, kann der Auftraggeber den bisherigen Vertrag außerordentlich kündigen, wenn dem Auftraggeber ein Festhalten an dem bisherigen Vertrag nicht zumutbar ist.

8 Vergütung – Zahlungsbedingungen

- 8.1 Die Vergütung erfolgt erst nach vollständiger vertragsgemäßer Erbringung aller Dienstleistungen. Soweit Teilzahlungen vereinbart sind, erfolgen diese erst nach vollständiger vertragsgemäßer Erbringung der jeweiligen Teilleistungen.
- 8.2 Die gesetzliche Mehrwertsteuer ist in der Vergütung nicht enthalten.
- 8.3 Die Zahlung erfolgt innerhalb von 30 Tagen netto nach Rechnungserhalt und vertragsgemäßer Erbringung sämtlicher Dienstleistungen einschließlich zugehöriger Dokumentation. Eine Abtretung der Rechnungsforderungen durch den Auftragnehmer an Dritte ist nicht statthaft.
- 8.4 Festvergütungen, Vergütungsobergrenzen und Aufwandsschätzungen sind bindend. Änderungen bzw. Nachforderungen aufgrund von nachträglich eingetretenen Kostenerhöhungen sind, unabhängig vom Grund, ausgeschlossen.
- 8.5 Soweit der Auftragnehmer mit dem Auftraggeber ein Zeithonorar oder eine sonstige zeitaufwandsabhängige Vergütung vereinbart hat, wird der Auftragnehmer den Zeitaufwand monatlich nachträglich in Rechnung stellen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, mit der Rechnung eine übersichtsartige Darstellung („Time Sheet“) vorzulegen. Das Time Sheet soll in maschinenlesbarer Form übermittelt werden und so gegliedert sein, dass die folgenden Informationen für jede einzelne Leistung überblicksartig ersichtlich sind: Leistungsdatum, Belieferte Konzerngesellschaft des Auftraggebers, Leistungserbringender Mitarbeiter des Auftragnehmers, stichwortartige Kurzbeschreibung der erbrachten Leistungen (in prüffähiger Form), angewandter Verrechnungssatz netto pro Stunde, Zeitaufwand. Der Zeitaufwand ist auf volle 0,1 Stunden zu runden. Sind zwischen den Parteien als Abrechnungseinheit Tagessätze oder Personentage vereinbart, sind diese unter Zugrundelegung von 10 Stunden pro Tag in Stundensätze umzurechnen; Monatssätze sind unter Zugrundelegung von 220 Stunden pro Monat in Stundensätze umzurechnen. Reisezeiten sind mit einem Faktor von 25% als Zeitaufwand anzusetzen, soweit die Kosten für die Reise nach Ziffer 8.6 erstattungsfähig sind.
- 8.6 Der Auftragnehmer hat Anspruch auf Erstattung der für die Erbringung der Leistungen erforderlichen und nachgewiesenen Auslagen einschließlich der Reisekosten. Für die Höhe der Erstattung der Reisekosten gelten die allgemeinen Reisekostenrichtlinien des Auftraggebers. Abweichend von der vorstehenden Bestimmungen sind Reisekosten zu den Standorten des Auftraggebers in Großhelfendorf, Weyarn und Bruckmühl mit der vereinbarten Vergütung abgegolten und werden nicht gesondert erstattet.

- 8.7 Die Bezahlung der Dienstleistungen stellt keine Anerkennung von deren Vertragsgemäßheit dar. Abnahmen von abnahmefähigen Dienstleistungen erfolgen ausschließlich durch schriftliche Abnahmeerklärung seitens des Auftraggebers; eine konkludente Abnahme ist ausgeschlossen.
- 8.8 Im Falle von Verzug oder sonstigen Leistungsstörungen ist der Auftraggeber berechtigt, sämtliche Zahlungen bis zur vollständigen vertragsgemäßen Erbringung aller Dienstleistungen zurückzuhalten.
- 8.9 Der Auftraggeber und alle mit ihm verbundenen Unternehmen (§ 15 AktG) sind berechtigt, mit Forderungen verbundener Unternehmen gegen Forderungen des Auftragnehmers aufzurechnen.

9 Leistungstermine – Verzug

- 9.1 Der Vertrag kommt nach Ziffern 2 und 3 mit Annahme einer Bestellung zustande. Er endet, je nachdem was früher eintritt, wenn (i) die vereinbarten Leistungen vollständig erbracht wurden; (ii) das vereinbarte Budget verbraucht wurde; oder (iii) mit dem Kündigungstermin, wenn der ordentlich oder außerordentlich gekündigt wurde.
- 9.2 Die in der Bestellung angegebenen Leistungstermine sind bindend. Für die Rechtzeitigkeit kommt es auf die vertragsgemäße Erbringung der Dienstleistungen am Leistungsort zu dem vereinbarten Leistungstermin an.
- 9.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn Umstände eintreten oder erkennbar werden, aus denen sich ergibt, dass ein vereinbarter Leistungstermin nicht eingehalten werden kann. Verletzt der Auftragnehmer diese Mitteilungspflicht, so haftet er auch für solche Terminüberschreitungen, die er nicht zu vertreten hat. Eine Anerkennung eines neuen, vom Auftragnehmer genannten Leistungstermins ist durch ein Schweigen auf diese Mitteilung nicht gegeben.
- 9.4 Bei Verzug ist der Auftraggeber berechtigt, je angefangener Woche der Terminüberschreitung 0,5 % der anteiligen Vertragssumme für den ausstehenden Leistungsteil als pauschalierten Verzugsschaden zu verlangen, jedoch insgesamt nicht mehr als 5 %. Dem Auftragnehmer steht das Recht zu nachzuweisen, dass infolge des Verzugs gar kein oder ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist. Der Auftragnehmer wird die in Verzug befindlichen Dienstleistungen innerhalb einer vom Auftraggeber einmal bestimmten angemessenen Frist ohne zusätzliche Vergütung erbringen. Weitergehende Schadensersatzansprüche bleiben unberührt. Bei fruchtlosem Ablauf der vorgenannten Frist kann der Auftraggeber den Vertrag außerordentlich kündigen. Die Bestimmungen in den Ziffern 11.4 und 11.5 gelten entsprechend.
- 9.5 Ist der Auftraggeber an der Annahme der Dienstleistungen infolge höherer Gewalt oder von Umständen gehindert, die der Auftraggeber trotz zumutbarer Sorgfalt nicht abwenden kann (z.B. Arbeitskämpfe, Betriebsstörungen und andere Umstände, welche eine Verringerung oder einen temporären Entfall des Bedarfs zur Folge haben), kann der Auftraggeber die Erbringung der Dienstleistungen zu einem späteren Zeitpunkt verlangen, ohne dass dem Auftragnehmer hieraus Ansprüche gegenüber dem Auftraggeber erwachsen.
- 9.6 Teilleistungen sind nur mit der ausdrücklichen vorherigen Zustimmung des Auftraggebers statthaft. Erfolgen (Teil-)Leistungen vor dem vereinbarten Leistungstermin ohne ausdrückli-

che Zustimmung des Auftraggebers, so behält sich der Auftraggeber vor, die zu früh erbrachten Dienstleistungen zurückzuweisen und die Erbringung der Dienstleistungen zum vertragsgemäßen Termin ohne zusätzliche Vergütung des Auftragnehmers zu verlangen.

10 Rechnungen

- 10.1 Rechnungen sind in einfacher Ausführung zuzusenden.
- 10.2 Rechnungen können vom Auftraggeber nur bearbeitet werden, wenn diese – entsprechend den Vorgaben in der Bestellung – die dort ausgewiesene Bestellnummer und die erforderlichen steuerlichen Angaben enthalten; für alle wegen der Nichteinhaltung dieser Verpflichtung entstehenden Folgen ist der Auftragnehmer verantwortlich, soweit er nicht nachweist, dass er diese nicht zu vertreten hat.

11 Allgemeine Leistungsstörungen – Außerordentliche Kündigung – Rechtsfolgen

- 11.1 Für den Fall, dass die Dienstleistungen oder Teile der Dienstleistungen nicht den vereinbarten Leistungsbeschreibungen entsprechen oder der Auftragnehmer die übernommenen Verpflichtungen nicht oder nicht vertragsgemäß erbringt, wird der Auftragnehmer die betreffenden Dienstleistungen innerhalb einer vom Auftraggeber einmal bestimmten angemessenen Frist ohne zusätzliche Vergütung vertragsgemäß erbringen. Schadensersatzansprüche bleiben unberührt.
- 11.2 Dem Auftraggeber steht das Recht zur außerordentlichen Kündigung des Vertrages zu, wenn der Auftragnehmer nicht innerhalb der vorgenannten Frist die betreffenden Dienstleistungen vertragsgemäß erbracht hat.
- 11.3 Das Recht zur außerordentlichen Kündigung des Vertrages besteht für den Auftraggeber auch dann, wenn der Auftragnehmer seine Obliegenheiten gemäß den Ziffern 2.2, 2.3 verletzt oder für den Auftraggeber erkennbar ist, dass die erfolgreiche Vertragsabwicklung wegen unzureichender Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers gefährdet wird, wenn der Auftragnehmer seine Zahlungen einstellt oder die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens beantragt oder Tatsachen bekannt werden, die beim Auftragnehmer eine Scheinselbstständigkeit vermuten lassen.
- 11.4 Im Fall der außerordentlichen Kündigung werden nur solche (Teil-)Leistungen vergütet, die vom Auftragnehmer vertragsgemäß erbracht wurden und vom Auftraggeber bestimmungsgemäß verwendet werden können. Die Abrechnung erfolgt auf der Grundlage einer detaillierten Schlussrechnung auf Vertragsbasis, die der Auftragnehmer binnen 14 Tagen ab Wirksamwerden der außerordentlichen Kündigung ausstellen wird. Der Auftraggeber ist zum Abzug aller zu ersetzender Schäden und Mehraufwendungen berechtigt.
- 11.5 Ungeachtet weitergehender gesetzlicher Ansprüche ist der Auftraggeber im Fall der außerordentlichen Kündigung berechtigt, die betreffenden Dienstleistungen auf Kosten des Auftragnehmers selbst zu erbringen oder durch Dritte erbringen zu lassen, die Vergütung zu mindern und Schadensersatz statt der Leistung zu verlangen. Im Fall der außerordentlichen Kündigung hat der Auftragnehmer sämtliche für eine schnellstmögliche Übernahme erforderlichen Arbeitsergebnisse, Unterlagen und elektronischen Daten unverzüglich an den Auftraggeber herauszugeben.
- 11.6 Sofern der Auftraggeber von Dritten auf Schadensersatz aus zwingendem Recht in Anspruch genommen wird, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber auf erste Anforderung insoweit

freizustellen, als er auch unmittelbar haftet und dem Auftraggeber im Innenverhältnis zum Ausgleich verpflichtet ist.

- 11.7 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, eine Betriebs- und Vermögensschadenhaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 5 Mio. EUR pro Schadensfall und Versicherungsjahr zu unterhalten und auf Anforderung nachzuweisen. Stehen dem Auftraggeber weitergehende Schadensersatzansprüche zu, so bleiben diese unberührt.

12 Abtretungs- und Zurückbehaltungsverbot – Subunternehmer

- 12.1 Rechte und Pflichten des Auftragnehmers aus dem Vertrag sind ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers nicht abtretbar oder übertragbar.
- 12.2 Außer im Fällen von unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Ansprüchen ist ein Zurückbehaltungsrecht des Auftragnehmers ausgeschlossen.
- 12.3 Die Beauftragung von Subunternehmern bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Im Zustimmungsfalle haftet der Auftragnehmer für das Verschulden der von ihm eingesetzten Subunternehmer wie für eigenes Verschulden.

13 Rechte an Arbeitsergebnissen – Verletzung von Schutzrechten

- 13.1 Dem Auftraggeber steht das ausschließliche Nutzungsrecht an allen Arbeitsergebnissen zu, die im Zusammenhang mit der Erbringung der Dienstleistungen entstehen, gleichgültig ob schutzrechtsfähig oder nicht. Die Arbeitsergebnisse dürfen ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers nicht für andere als die vom Auftraggeber angegebenen Zwecke verwendet werden. Das Nutzungsrecht umfasst jedoch das Recht, Arbeitsergebnisse für mit dem Auftraggeber verbundenen Unternehmen zu nutzen oder durch diese nutzen zu lassen. Erstellte Dokumente, Berichte, Präsentationen und sonstige Unterlagen (einschl. Datenträger) sind – soweit rechtlich möglich – dem Auftraggeber zu übereignen.
- 13.2 An allen urheberrechtlich geschützten Arbeitsergebnissen (z.B. Daten, Diagramme, Berichte, Übersichten, Abbildungen, Kalkulationen, Konzepte, Programme, etc.) erwirbt der Auftraggeber das ausschließliche, unwiderrufliche, zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränkte, übertragbare Nutzungsrecht für alle Nutzungsarten einschließlich des Rechts zur Vervielfältigung, Verbreitung und Veränderung. Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht.
- 13.3 Der Auftragnehmer garantiert, dass die von ihm erbrachten Dienstleistungen sowie die vorgesehene Verwertung von Arbeitsergebnissen durch den Auftraggeber keine in- oder ausländischen gewerblichen oder sonstigen Schutzrechte Dritter verletzen. Erforderlichenfalls hat der Auftragnehmer die vom Auftraggeber benötigte Erteilung von Nutzungsrechten durch Dritte auf eigene Kosten zu besorgen. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber im Falle der Verletzung von Schutzrechten Dritter von sämtlichen Schadensersatz- oder sonstigen Ansprüchen, die gegenüber dem Auftraggeber im Zusammenhang mit den vom Auftragnehmer erbrachten Dienstleistungen geltend gemacht werden, auf erste Anforderung im Innenverhältnis frei.
- 13.4 Sämtliche Erfindungen und schutzrechtsfähige Arbeitsergebnisse sind dem Auftraggeber unverzüglich zu melden und auf diesen zu übertragen, soweit diese im Zusammenhang mit der Erbringung der Dienstleistungen beim Auftragnehmer entstehen. Der Auftraggeber behält sich sämtliche Rechte in Bezug auf die Anmeldung von Schutzrechten vor. Bei fehlendem

Interesse wird der Auftraggeber die Erfindung auf den Auftragnehmer zurückübertragen, wobei dem Auftraggeber in jedem Fall ein nicht-ausschließliches, unwiderrufliches, zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränktes, unterlizenzierbares, unentgeltliches Nutzungsrecht für seine gewerblichen Anwendungszwecke verbleibt.

14 Compliance-Klausel

- 14.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle einschlägigen Gesetze und Regelungen der jeweils anwendbaren Rechtsordnung(en), insbesondere Gesetze zur Korruptionsbekämpfung, zur Exportkontrolle sowie zum Kartell- und Wettbewerbsrecht zu beachten.
- 14.2 Der Auftragnehmer gewährleistet, dass weder AN noch einer seiner Mitarbeiter anderen Personen (insbesondere Amtsträgern oder in öffentlichen Funktionen vergleichbar tätigen Personen) Vorteile materieller oder immaterieller Art mit der Absicht anbietet, gibt, billigt oder verspricht oder diese von anderen Personen fordert, annimmt oder versprechen lässt (unabhängig, ob für den eigenen persönlichen Vorteil oder für den einer anderen Person), eine Geschäftsbeziehung in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder bei denen die Gefahr besteht, die professionelle Unabhängigkeit des Geschäftspartners zu gefährden.
- 14.3 Ferner ist der Auftragnehmer verpflichtet, weder aktiv noch passiv, direkt oder indirekt Handlungen zu begehen oder zu unterlassen, die insbesondere zu einer Strafbarkeit wegen Betrugs, Untreue, Wettbewerbsverstößen oder wegen Insolvenzstraftaten führen können.
- 14.4 Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der Anforderungen an die Lieferanten von Fritzmeier, die im Code of Conduct für die Lieferanten der Fritzmeier-Gruppe niedergelegt sind (veröffentlicht unter www.fritzmeier.com > Vertragsbedingungen > Code of Conduct). Diese sind Vertragsbestandteil. Insbesondere sichert der Auftragnehmer zu, dass er keinerlei finanzielle Zuwendungen oder Geschenke gewährt, gewährt hat oder in Aussicht stellt, um einen Auftrag des Auftraggebers zu erhalten oder die Erteilung eines solchen Auftrags zu fördern, insbesondere nicht an Mitarbeiter des Auftraggebers oder deren Angehörige oder an Dritte, die für den Auftraggeber tätig sind.
- 14.5 Ist der Auftragnehmer eine natürliche Person oder eine GmbH oder Unternehmergesellschaft oder vergleichbare juristische Person, deren beherrschender Gesellschafter und Alleingeschäftsführer der Auftragnehmer ist, so gilt: Der Auftragnehmer ist verpflichtet, unverzüglich nach Unterzeichnung dieser Vereinbarung ein Statusfeststellungsverfahren nach § 7a SGB IV bei der Clearingstelle der Deutschen Rentenversicherung Bund unter Verwendung der hierfür vorgesehene Vordrucks V0027 durchzuführen, wenn nicht der Auftraggeber hierauf schriftlich verzichtet. Das Inkrafttreten dieses Vertrags ist in diesem Falle aufschiebend bedingt durch die Feststellung der Deutschen Rentenversicherung Bund, dass der Auftragnehmer selbständig tätig und nicht abhängig beschäftigt und aufgrund der Beschäftigung nicht versicherungspflichtig ist.
- 14.6 Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag bei Entdeckung entsprechender Verstöße außerordentlich zu kündigen, soweit Mitarbeiter oder Beauftragte des Auftragnehmers einen entsprechenden Verstoß gegen die vorstehenden Bestimmungen begehen. Dies gilt ungeachtet einer Zurechenbarkeit des Verstoßes auf das Unternehmen des Auftragnehmers. Darüber hinaus ist der Auftragnehmer dem Auftraggeber zum Ersatz des dadurch entstandenen Schadens verpflichtet.

15 Ordentliche Kündigung

Der Auftraggeber kann den Vertrag jederzeit ohne Angabe von Gründen schriftlich kündigen. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung bleibt unberührt.

16 Geheimhaltung – Datenschutz

- 16.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle nicht offenkundigen kaufmännischen oder technischen Einzelheiten, die ihm durch die Geschäftsbeziehungen bekannt werden und sämtliche Arbeitsergebnisse, die im Zusammenhang mit der Erbringung der Dienstleistungen entstehen, als Geschäftsgeheimnis vertraulich zu behandeln und Dritten nicht ohne die vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggeber zugänglich zu machen.
- 16.2 Der Auftragnehmer darf nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers mit der Geschäftsverbindung werben.
- 16.3 Der Auftragnehmer wird alle datenschutzrechtlichen Bestimmungen in der jeweils geltenden Fassung einhalten und für die Erbringung der Dienstleistungen nur solche Mitarbeiter einsetzen, die von ihm gemäß Bundesdatenschutzgesetz zum Datengeheimnis verpflichtet wurden. Der Auftragnehmer hat die Einhaltung sämtlicher gesetzlicher Datensicherheitsmaßnahmen zu gewährleisten und wird dem Auftraggeber unaufgefordert entsprechende Auskünfte und Nachweise zur Auftragskontrolle erteilen. Soweit erforderlich, wird der Auftragnehmer mit dem Auftraggeber eine Vereinbarung über Auftragsdatenverarbeitung nach dem betriebsüblichen Muster des Auftraggebers abschließen.
- 16.4 Der Auftragnehmer hat seine Subunternehmen auf Einhaltung der vorstehenden Bestimmungen entsprechend zu verpflichten.

17 Sonstiges

- 17.1 Erfüllungsort für sämtliche Dienstleistungen ist der Sitz des Auftraggebers, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist.
- 17.2 Für Verträge auf Grundlage dieser Einkaufsbedingungen vereinbaren die Parteien die ausschließliche Zuständigkeit des Landgerichts München I, Kammer für Handelssachen. Düsseldorf als Gerichtsstand vereinbart. Der Auftraggeber ist jedoch berechtigt, den Auftragnehmer auch an dessen allgemeinem Gerichtsstand zu verklagen.
- 17.3 Für die Abwicklung von Verträgen auf Grundlage dieser Einkaufsbedingungen gilt ausschließlich deutsches Recht unter Ausschluss des Kollisionsrechts.
- 17.4 Erklärungen per E-Mail erfüllen das Schriftformerfordernis gemäß vorstehender Bestimmungen.
- 17.5 Sollte eine oder mehrere der vorstehenden Bestimmungen ganz oder teilweise unwirksam sein, so bleibt die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Die ungültige Bestimmung ist dann durch eine gesetzlich zulässige Bestimmung zu ersetzen, mit der Sinn und Zweck dieser Einkaufsbedingungen in möglichst gleicher Weise erreicht werden.